

BR/GT I/38 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 3. April 1970
BR/GT I/38/70

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

VORENTWURF EINES UEBEREINKOMMENS
UEBER EIN
EUROPÄISCHES PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

GRUNDLAGEN DER FINANZPLANUNG
FUER DAS EUROPÄISCHE PATENTAMT

(Punkte IV bis VII)

Empfehlungen der Arbeitsgruppe I an die Arbeitsgruppe IV

BR/GT I/38 d/70 bm

IV. Verfahrens- und Jahresgebühren

1. Die Arbeitsgruppe IV sollte - ausgehend von einer aufgeschobenen Prüfung von 2 Jahren - Tabellen ausarbeiten, die denen der Anlagen 14, 17 und 18 entsprechen.
2. Hinsichtlich der Jahresgebühren sollte die Arbeitsgruppe IV bei ihren Schätzungen die Angaben der Anlage 16 als Grundlage heranziehen und eine Staffelung bis zum 10. Jahr vorsehen. Die Frage, ob die Jahresgebühren vom 11. Jahr an weiter gestaffelt werden oder unverändert bleiben, wird offengelassen. Es erscheint derzeit nicht zweckmässig, die Einnahmen aus Gebühren nach dem 10. Jahr zu schätzen, da sie nicht ins Gewicht fallen. Die Arbeitsgruppe IV wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Angaben der Anlagen 17 und 18 auch Zusatzpatentanmeldungen enthalten, für die keine Jahresgebühren zu entrichten sind.

V. Benennungsgebühren

1. Die Arbeitsgruppe IV sollte von folgenden Grundsätzen ausgehen:
 - Die Benennungsgebühren bilden unmittelbare Einnahmen des Europäischen Patentamts.
 - Die Benennungsgebühr beträgt 12 \$ je benannter Staat (entspricht dem im PCT-Plan vorgesehenen Betrag); hinsichtlich der Mitgliedstaaten der EWG bleibt die Frage offen, ob aufgrund des zweiten Uebereinkommens eine einzige oder sechs Benennungsgebühren erhoben werden.

Im Interesse der Vereinfachung braucht die Arbeitsgruppe IV die etwaigen Auswirkungen der Benennungsgebühren, die gemäss den Bestimmungen des PCT-Plans erhoben werden, nicht zu berücksichtigen.

2. Die Arbeitsgruppe IV wird ersucht, bei der Schätzung der Höhe der Einnahmen aus den Benennungsgebühren - anhand der Angaben der Anlage 23 - davon auszugehen, dass unter der Voraussetzung, dass die Mitgliedstaaten der EWG als einziger benannter Staat gelten, in europäischen Patentanmeldungen durchschnittlich 3 Staaten benannt werden. Sollte es sich später als notwendig erweisen, dass diese Staaten gesondert zu benennen sind, so kämen 7,6 Benennungen statt 3 Benennungen in Frage. Die Arbeitsgruppe IV könnte ausserdem die finanziellen Auswirkungen schätzen, die sich aus der letztgenannten Möglichkeit ergeben.

VI. Eröffnung des Europäischen Patentamts

Die Arbeitsgruppe IV sollte unter Berücksichtigung der beiden folgenden Fälle die Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts prüfen:

- sofortige volle Eröffnung des Europäischen Patentamts für alle Bereiche der Technik (Anlage 20),
- stufenweiser Aufbau des Europäischen Patentamts nach Anlage 21.

VII. Teilweise Finanzierung des Europäischen Patentamts durch Abführung eines Teils der von den nationalen Patentämtern erhobenen Jahresgebühren

Die Arbeitsgruppe IV sollte insbesondere prüfen:

- das in Anlage 25 vorgesehene System, nach dem ein Anteil von 75 % der von den nationalen Patentämtern für europäische Patent erhobenen Jahresgebühren an das Europäische Patentamt abgeführt wird; für den von jedem Staat abzuführenden Betrag müsste eine Mindesthöhe festgesetzt werden, und zwar auch dann, wenn in diesem Staat die Jahresgebühren wegfallen;
 - ein System, wonach für die Jahresgebühren ein Pauschalbetrag an das Europäische Patentamt abzuführen wäre, dessen Höhe für jedes Jahr der Dauer des Patents für die einzelnen Staaten nach noch zu bestimmenden Kriterien festgesetzt wird.
-